



Infobrief

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik Nr. 1 – Februar 2009

Inhalt	Seite
EDITORIAL	02
AKTUELLES vom Notstand der Republik	
Modellversuch zum Aufbau von Freikorps und ihre Rolle in der Geschichte	03
Geschichte des THW und seine neuen Aufgaben heute	06
Kooperation zwischen dem Kultusministerium NRW und der Bundeswehr	13
AKTIONEN gegen den Notstand der Republik	
Zusammenstellung von Aktionsideen gegen die Bundeswehr	14
MATERIAL zum Notstand der Republik	
Materialien des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik	15
Flugblatt der FDJ „Die Bundeswehr stellt wieder Freikorps auf“	
Wortlaut der Kooperationsvereinbarung der Bundeswehr mit dem Schulministerium NRW	AN-
Stellungnahme des Jugendaktionsausschuss zum Bundeswehreinsatz im Inland	HANG
Erklärung des zweiten Aktivistentreffens in Hamburg	

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de • Mail: info@Jugendkongress-NdR.de

Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser

Aktionszug gegen den Notstand der Republik



Der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress - Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedensten Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik. In der auf dem Kongress verabschiedeten Erklärung haben wir die wichtigsten Maßnahmen aufgezählt:

- *„die verfassungswidrige Zentralisierung von Polizeien und Geheimdiensten, wie z.B. im Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrum*
- *den Einsatz der Bundeswehr im Inland, sowie die Militarisierung der Gesellschaft, speziell durch die flächendeckende Einführung des Heimatschutzes, durch den die Reservisten der Bundeswehr in sogenannten Verbindungskommandos organisiert werden und zahlreiche zivile Verbände und Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr gestellt werden*
- *und nicht zuletzt die Entrechtung großer Teile der Bevölkerung durch die Hartz-Gesetze.“*

Wir zogen daraus folgenden Schluss:

„Wir verurteilen sie, weil durch sie nicht nur der Krieg gegen das eigene, sondern vor allem auch der Krieg gegen andere Völker vorbereitet wird.“*

Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen. Wir richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein, organisierten Demonstrationen, veranstalteten große Aktivistentreffen, führten einen Aktionstag in zwölf Städten durch und noch vieles mehr.

Seitdem wir diesen Kampf begonnen haben, hat sich der Notstand der Republik weiter verschärft. ABER (so schreiben wir in unserer zweiten Erklärung im Februar 2008):

„Das ist für uns kein Grund zu verzagen, im Gegenteil: Das ist die direkte Aufforderung der BRD-Reaktion an uns, den Kampf gegen sie weiter zu führen und zu verbreitern! Jetzt erst recht! Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!“*

In diesem Sinne arbeiten wir weiter und geben seit Februar 2009 diesen Infobrief heraus, mit dem wir über die aktuelle Entwicklung des Notstand der Republik und über Aktionsmöglichkeiten, sowie interessante Materialien dagegen informieren wollen.

* Die Erklärungen im vollen Wortlaut findet ihr auf unserer Homepage (www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de)

AKTUELLES vom Notstand der Republik

Modellversuch zum Aufbau von Freikorps und ihre Rolle in der Geschichte

Die heraufziehende Weltwirtschaftskrise versetzte dem Glauben der Bourgeoisie in ihre ewig währende Herrschaft schwere Schläge. Während der Arbeiter erschrocken, aber handlungsunfähig wie das Kaninchen auf die Schlange starren, rüstet das Monopolkapital seinen Staat forciert auf.

Wieweit entsprechen die Freikorps der Weimarer Republik dem heutigen Konzept zur Aufstellung von „Kompetenzzügen“?

Was waren die Freikorps in der Weimarer Republik?

Wie sieht das heutige Konzept aus? Einordnung in den Notstand der Republik.

Im Verlauf der Novemberrevolution 1918 entstanden Formationen (Freikorpseinheiten) neben dem alten Heer. Daneben gab es die revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte und die republikanischen Einheiten. Die Freikorpseinheiten

waren ein bedeutendes Machtmittel zur Niederschlagung der Arbeiter und Soldaten.

Freikorps bestanden aus demobilisierten Soldaten, die durch bestehendes Militärgesetz nicht dem Heer verpflichtet waren. Sie waren Söldnerheere.

In der Weimarer Republik waren die heimkehrenden Soldaten der Front stark demoralisiert. Der I. Weltkrieg kostete 13 Millionen von ihnen das Leben. Viele der Soldaten schlossen sich deshalb den revolutionären Arbeiter- und Soldatenräten an. Am 10.11.1918 proklamierte der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin: **„die Soldaten- und Arbeiterräte sind die Träger der politischen Macht... Sofortiger Friede ist die Parole der Revolution. Wie auch der Friede aussehen wird, er ist besser als die Fortsetzung des ungeheuren Massenschlachtens...**



Bundesarchiv, Bild 146-1988-036-29
Foto: Frankl, A. | 16. Dezember 1918

Die Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands am 16.12.1918

Der Arbeiter und Soldatenrat ist von der Überzeugung durchdrungen, dass in der ganzen Welt sich eine Umwälzung in der gleichen Richtung vorbereitet... er gedenkt mit Bewunderung der russischen Arbeiter und Soldaten, die auf dem Wege der Revolution vorangeschritten sind, er ist stolz, dass die deutschen Arbeiter und Soldaten ihm gefolgt sind, und damit den alten Ruhm, Vorkämpfer der Internationale zu sein, wahren. Er sendet der russischen Arbeiter- und Soldatenregierung seine brüderlichen Grüße. Die sozialistische Republik ist einzig imstande, die Kräfte des internationalen Sozialismus zur Herbeiführung eines demokratischen Dauerfriedens in der ganzen Welt auszulösen. Es lebe die deutsche sozialistische Republik!

Dagegen stand die Regierung Ebert (SPD) in krassem Gegensatz, hatte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im September 1918 mit Teilen des kaiserlichen Reichskabinetts unter Max von Baden zusammengeschlossen und trat offen als bürgerlich-parlamentarischen Partei auf. Jedoch wollte sie den Einfluss auf die Arbeiter nicht an die USPD verlieren. Am 09.11.1918 wurde Ebert die Reichskanzlerschaft angetragen und am 10.11.1918 konstituierte sich das Kabinett aus SPD (Ebert) und USPD (Haase) und es



Werbeplakat der Freikorps

kam zur Gründung des Rates der Volksbeauftragten (12.11.1918).

Um die Novemberrevolution zu stürzen, berief sich Ebert nun auf die OHL (Oberste Heeresleitung) mit Hindenburg an der Spitze. Die Demobilisierung der Soldaten aus dem I. WK war bis Dezember 1918 abgeschlossen und so stellte sich die Frage, wer nun die Regierung Ebert stützen sollte. So kam es, dass Offiziere des Stabes, die dem reaktionärsten Teil des Heeres angehört hatten, anfangen Soldaten zu werben. Dazu Major von Schleicher (Chef des politischen Büros beim Generalhauptquartier): „**Die Freiwilligen solle man mit hohen Tagessätzen honorieren und es ihnen ganz klar machen, dass sie für die Republik und gegen den Bolschewismus zu kämpfen hätten.**“

Die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs wurde von dem stockreaktionären Freikorpsoffizier Pabst angeordnet. Die errichteten Räterepubliken und besetzten Rathäusern, Fabriken der revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte wurde durch sie zerschlagen.

Ebert billigte das illegale Entstehen der Freikorps entgegen der Mitglieder aus dem Rat der Volksbeauftragten (USPD). Diese traten dann auch am 27.11.1918 aus der Regierung Ebert aus. Der spätere Reichswehrminister Noske (SPD) wird der Oberbefehlshaber der Truppen in und um Berlin (Freikorps deshalb auch als Noskehunde bezeichnet).

Die Freikorpsseinheiten rekrutierten sich aus den reaktionär-kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten, aus Studentenkreisen und rückständigen Arbeitern. Sie wurden auf den ihnen überstehenden Offizieren vereidigt, auf die schwarz-weiß-rote Fahne und größtenteils nicht auf die Verfassung der Weimarer Republik. Sie waren meist in Monatsverträgen mit hohem Sold (30 RM/Monat) gebunden. Dieses Geld stammte aus dem „Antibolschewistenfonds der deutschen Wirtschaft“ (500 Mio. RM). Alles in allem waren so ca. 400.000 Reservisten mobilisiert, militärisch ausgebildet und ausgerüstet.

Der Versailler Vertrag sah 1919 eine Heeresbegrenzung auf 100.000 Soldaten vor (Art.160) sowie die Auflösung aller militärischen und paramilitärischen Einheiten (Art.173). Die Offiziere und Freikorpsseinheiten stützten sich nun auf Noske, der bei Unterzeichnung mit Rücktritt drohte (zu den Freikorpsoffizieren gewandt), aber letztlich den Versailler Vertrag mittrug. Die Freikorpssein-

heiten wurden nun in die Reichswehr eingegliedert oder unter Umgehung des Versailler Vertrags in sogenannte Zeitfreiwilligenregimenter eingegliedert. D.h., dass sie zu Hause wohnten und ihren Beruf ausübten, aber als Reservekompanie der Freikorps (!) gehandelt wurden. Sie stellten Freikorpsreservisten Ende der 20er/Anfang der 30er dann für den Aufbau des Stahlhelm, der SA und SS. Diese Illegalität wurde von Seiten der Regierung und unter Noske offiziell anerkannt.

Die Stellung der Freikorps zur OHL und dem Heer war nicht reibungslos. Oft bestanden unterschiedliche Auffassungen und Ausrichtung. Oftmals machten sich dabei die Freikorpseinheiten selbständig und waren jenseits der Kontrolle der OHL.

(Ich gehe nicht auf das Wüten und Plündern der Freikorpseinheiten in den östlichen Ländern ein.)

Wie sieht es heute aus?

Im März 2008 erscheint die Leitlinie der Streitkräfteunterstützungskommandos „für die Zusammenarbeit mit regionalen Initiativen von Reservisten/Reservistinnen“. Darin heißt es einleitend: **„Engagierte Reservistinnen und Reservisten möchten bei Hilfeleistungen im Innern Ihre Fähigkeiten in den Dienst der Allgemeinheit stellen. Die Möglichkeiten dazu werden derzeit in einem Modellversuch ausgelotet.“**

Weiterhin heißt es, dass 2003 Reservisten der Kameradschaft Büdingen als **Privatpersonen** auf Anfrage des Bürgermeisters bei einem Hochwasser halfen. Damals hieß das noch Jedermann-Hilfe. Deshalb kamen die Reservisten auf den Trichter, nachdem die Zusammenarbeit mit zivilen Hilfsorganisationen so gut klappte, man könne ja demnächst als Soldat in der Reservistenkameradschaft bei Katastrophen und besonders schweren Unglücksfällen der Bundeswehr beistehen. Und so fragte man gleich dienstbeflissen den Generalinspekteur der Bundeswehr Wolfgang Schneiderhahn und der sagte „Ja“ für den Einsatz im Innern.

Das dies nicht mit dem Artikel 35 vereinbar ist, stört dort auch keinen, sondern man dreht es noch rum: **„Die Rechtslage für Hilfeleistungen im Innern ist klar vorgegeben: Artikel 35 des Grundgesetzes (GG) beinhaltet Einsatz von freiwilligen nicht beorderten Reservisten für subsidiäre Hilfeinsätze der Bundeswehr im Innern [. . .] Diese [Leitlinie für die Zusammenarbeit der Bundeswehr mit regionalen Initiati-**

ven] schafft die Grundlage dafür, daß engagierte Reservisten bei Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen die aktive Truppe offiziell unterstützen dürfen, sobald von zivilen Behörden Hilfeleistung angefordert wird.“

Entgegen der Aufstellung der Freikorps in der Weimarer Republik, erfolgt die Aufstellung der sogenannten Kompetenzzüge unter Führung, Planung und Koordination der Bundeswehr. Die Reservisten melden sich freiwillig bei den jeweiligen Landeskommandos, werden dort erfasst und geben schriftlich ihre Einwilligung für den Einsatz im Inland; und damit verpflichten sie sich und unterstehen dem Wehr- und Soldatengesetz. Die Reservisten werden in dem Modellversuch in die aktive Truppe integriert, nutzen deren militärische Ausrüstung und werden nach der sogenannten FMF (Förderung militärischer Fähigkeiten) ausgebildet. In dem Papier der Streitkräfteunterstützungskommandos heißt es, sie sollen die „Durchhaltefähigkeit der aktiven Einheiten verbessern.

In der BRD gibt es ca. 8 Millionen Reservisten, wovon 130.000 im Reservistenverband aktiv sind, d.h. regelmäßig an Übungen teilnehmen. Von diesen 130.000 gibt es 14.000 Offiziere, die dem reaktionärsten Teil angehören. Daneben gibt es 32.000 Unteroffiziere und 65.000 Mannschaften, die sich aus rückständigen Arbeitern rekrutieren. Organisatorisch sind sie in 1600 Reservistenkameradschaften eingebunden.

Für den Heimatschutz wurden von der Bundeswehr Planstellen für 5.500 Reservisten geschaffen. Für die Kompetenzzügler bestehen diese nicht. Sie unterstehen dem jeweiligen Kreis- oder Bezirkskommando.

Derzeit läuft die Modellerprobung bis Ende 2009. Laut dem Streitkräfteunterstützungskommando fanden in den Reservistenarbeitsgemeinschaften San Gettdorf (Schlesw. Holstein), RAG Katastrophenschutz Hamburg, RAG Brand- und Katastrophenschutz Brandenburg, RK Herzog Ferdinand (Niedersachsen), RK Büdingen (Hessen), RAG Katastrophenschutz Elbeland, RAG Katastrophenschutz Oberpfalz, RAG A-B-C-Schutz (Bayern) und die RAG Katastrophenschutz Kreisgruppe Rhein-Neckar-Odenwald Übungen mit den zivilen Hilfsorganisationen unter Leitung der Bundeswehr statt.

Bei erfolgreichem Abschluss der Modellerprobung könnte eine flächendeckende Einrichtung bis 2010 stehen. Und damit ginge die Errichtung

der Freikorps weit über das Zivilschutzkorpsgesetz der Notstandsgesetzgebung von 1968 hinaus. Dort wurde gesetzlich festgeschrieben, dass sämtliche Wehrpflichtige, auch die Reservisten, im Kriegsfall vom jeweiligen Bundesland zum Zivilschutz eingezogen und ausgebildet werden können – auch hier wieder nicht von der Bundeswehr.

Festzustellen ist, der Staat rüstet weiter im Innern und folgt damit der Linie, die wir als Notstand der Republik enttarnen. Die Weltwirtschaftskrise und die letzten Zuckungen des nicht mehr lebensfähigen Kapitalismus erschüttert die Herrschenden – Handlanger der Monopole. Sie ban-

gen um ihre Herrschaft und werden in ihrem Todeskampf reaktionärer und stärker, indem sie diesen Militärapparat neben der Bundeswehr errichten und indem sie die zivilen Hilfsorganisationen in allen Bereichen unter ihre Fuchtel zu bringen suchen.

Quellen: Streitkräfteunterstützungskommando, Reservistenverband (Internet)
Hagen Schulze: Freikorps und Republik 1918-20

Buchempfehlung: Hans Marchwitza, Sturm auf Essen

Sandy

Geschichte des THW und seine neuen Aufgaben heute

Das technische Hilfswerk besteht mit diesem Namen seit 1950.

Allerdings hat das THW auch vorher schon eine Geschichte, die zu kennen ganz nützlich ist, wenn man sich die Entwicklungen heute betrachtet und sie einordnen will.

„Die Technische Nothilfe ist ein Kind der Revolution 1918/19.“

Das ist ein Zitat von der Internetseite des THW Bornheim.

Ihr habt gerade etwas über die Freikorps erfahren. 1919 waren die im ganzen Reich präsent. Diese gut besoldeten und bis an die Zähne bewaffneten Freikorps wurden eingesetzt um Demonstrationen, Unruhen, Aufstände und Revolutionen, wie die Räterepubliken niederzuschlagen, was ihnen ja auch ganz gut gelungen ist.

Es gab aber eine Sache mit der sie nicht so gut zurecht kamen, nämlich die zahlreichen Streiks. Keine Warnstreiks bei Tarifauseinandersetzungen, wie wir sie heute kennen, wo man ne Stunde auf die Hamburger Reeperbahn latscht um dann fröhlich weiterzuarbeiten mit 2 % mehr Lohn. Das waren spontane, wilde und vor allem politische Streiks. Da kamen die Freikorps nicht gegen an. Auf der Seite des THW heißt es dazu: Es genügte, in einigen ganz wenigen Versorgungsbetrieben für Gas, Wasser und Elektrizität die Arbeit ruhen zu lassen, um ganze Stadtteile lahm zu legen. In solchen Fällen nützte es nichts,

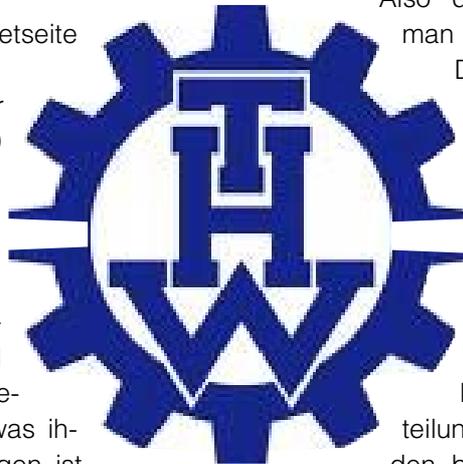
Militär vor den betroffenen Werken zusammenzuziehen und den im Ausstand befindlichen Arbeitern Gewalt an zu drohen. An ein entwickeltes Arbeitsrecht, durch das im Streikfall die Aufrechterhaltung eines Notbetriebs zur Verpflichtung gemacht worden wäre, war Anfang 1919 ohnehin noch nicht zu denken.

Also diesen politischen Streiks kam man nicht bei.

Deswegen wurde auf Anregung des Reserveleutnants Otto Lummitzsch vom Generalstab der GKSD, Garde Kavallerie Schützen Division (Zusammenschluss mehrerer Freikorps) aus technisch vorgebildeten Heeres- und Marine-soldaten die da in den Freikorps saßen eine technische Abteilung aufzustellen, die bei Streiks in den bestreikten Betrieben eingesetzt

werden kann. Natürlich nur in Betrieben mit lebensnotwendiger Infrastruktur wie Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken. In Verkehrsbetrieben, im Bestattungswesen (absolut lebensnotwendig), der Müllabfuhr, sowie Betrieben zur Erzeugung, Verarbeitung und Verteilung von Nahrungsmitteln und so weiter. Also so gut wie überall.

Der Plan sah also so aus: Wird ein Betrieb bestreikt, werden die Freikorps geschickt um die Arbeiter niederzuschlagen und die technische Abteilung (TA) sorgte derweil dafür, dass weiter gearbeitet werden kann. Also brachte die Ma-



schinen alle wieder zum laufen etc. Das ist die erste Vorgängerorganisation des THW. Eine Streikbrecherorganisation!

Im Juli 1919 war die TA 1100 Mann stark. Die Streiks ließen sich dadurch aber nicht verringern. Sie wurden zwar zum Teil wirkungslos gemacht, aber deswegen wurden es nicht weniger. Daraufhin wurden wieder auf Vorschlag von Lummitzsch technische zeitfreiwilligen Verbände aufgestellt, die nur im Bedarfsfall einberufen werden sollten. Diese nannten sich dann technische Nothilfe, TN. Auch die technische Nothilfe hatte zur Aufgabe: Streikbruch! Punkt. Das war's.

Diese TN verbreitete sich dann ziemlich rasch. Es gründeten sich im ganzen Reich TN Ortsgruppen. Die erste außerhalb von Berlin wurde in Hannover gegründet von einem Studenten der technischen Universität.

Am 30. September 1919 wurde die TN zu einer reichsweiten Organisation und organisatorisch von der TA getrennt.

Reichsweit brach sie dann nicht nur Industriestreiks, sondern auch Erntestreiks der Landarbeiter mit Hilfe von Reichswehr und Sicherheitspolizei.

Im Sommer 1919 war die TN kurzfristig bedroht durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags, der eine Stufenweise Verkleinerung der Reichswehr auf 100.000 Mann fest setzte. Da die TN der Reichswehr unterstand wäre sie auch davon betroffen gewesen. Da die Reichsregierung aber nicht auf ihre Streikbrecher verzichten wollte, wurde die Zuständigkeit für die TN am 28. November 1919 dem Reichsministerium des Inneren übertragen, womit die TN auf dem Papier zu einer zivilen Organisation wurde.

Der Streikbruch allein zeigt schon, dass es sich bei den Mitgliedern der TN nicht um fortschrittliche Menschen handelte. Abgesehen davon aber verfolgte sie sogar weitere Ziele. 1920 Mitte März unterstützten sie den Kapp Putsch, indem sie den dagegen ausgerufenen Generalstreik unterliefen.

1924/25 hatte die TN trotzdem fast eine halbe Million Mitglieder. Anfang der dreißiger waren es nur noch 100000, weil die Einsätze der TN seltener geworden waren und damit die Mitgliedschaft nicht mehr so interessant war.

Da wurde dann vor allem auch von Gewerkschaften wieder lauter gefordert die TN, die ja ohnehin nur auf Zeit gegründet worden war, wieder aufzulösen.

Der Stellvertretende Leiter Erich Hampe verlagerte daraufhin die Aufgaben der TN vom reinen Streikbruch auf den technischen Katastrophenschutz und den zivilen Luftschutz. Zu diesem Zeitpunkt übernahm die TN also das erste Mal Aufgaben, die ihrer Nachfolgeorganisation dem THW ausschließlich zugeschrieben werden, wie Hilfe bei Überschwemmungen, Bränden etc.

1933 hat sich die TN sofort mit den Nazis angefreundet. Sie stellte sich als besonders antikommunistisch dar, was ja auch nicht gelogen war und verlegte ihre Aufgaben vom Streikbruch (Streiks waren jetzt sowieso verboten) komplett

auf technische Hilfe. Dafür wurde sie nicht aufgelöst, sondern galt als befreundet.

Das heißt, die technische Nothilfe war bei

Aufmärschen, Kundgebungen und Fackelzügen der NSDAP dabei, dafür ließen sich SS und SA Trupps in Sachen wie Behelfsbrückenbau und Luftschutzübungen von der TN trainieren.

Am 15. Gründungstag der TN dem 30.09.34 gratulierte Hitler persönlich für die geleisteten Dienste. Damit war die TN gesichert. Nur der Gründer Lummitzsch wurde durch einen SA Truppenführer ersetzt, weil er sich nicht von seiner jüdischen Frau trennen wollte. 1937 wurde die Sicherung bestätigt und der TN die Sonderaufgabe des Instandsetzungsdienstes im Luftschutz im Rahmen einer Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesetz bescheinigt.

Himmler machte sich daran die TN zu einer Hilfspolizei umzuwandeln.

Infolge dessen löste sich die TN von SS und SA und bandelte nun mit der Feuerwehr und der Wehrmacht an. Diese Konstellation war nicht willkürlich. Bereits bei der Besetzung des Sudetenlandes war die TN mit dabei. Die Wehrmacht fiel über die Länder her TN und auch Feuerwehr und DRK bildeten hinterher die Besatzungstruppen.

Bei Kriegsbeginn wurde die TN dann in 2 Hälften geteilt. Die jüngeren wurden los geschickt Länder zu erobern und zu besetzen zum Beispiel Polen und Frankreich. Das heißt auch dass sie dafür sorgten dass die Betriebe weiter liefen, da-



Die Technische Nothilfe
beim Reichsministerium des Innern

von wollten die Deutschen ja was haben. Die älteren sorgten an der Heimatfront für Ruhe, übernahmen Hilfsspionagearbeiten, Nachrichtenübertragungen und Trümmerbeseitigung, und gingen gegen den antifaschistischen Widerstand vor, also sprengten z.B. Keller der Edelweiß-Piraten in Köln.

1941 wurden die Wehrpflichtigen komplett in die Wehrmacht eingezogen. Danach fehlten der TN zwar ein bisschen die Nachwuchskräfte, aber sie blieb bis zum Ende des Krieges bestehen und wurde dann als eine von über 60 faschistischen Organisationen von den Alliierten aufgelöst.

Gründung des technischen Hilfswerks:

(aus Archivunterlagen des Bundesinnenministeriums)

„Nachdem das Kabinett am 14. November 1950 dem Vorschlag des BMI zur Errichtung eines technischen Hilfswerks (THW) in der Art der früheren Technischen Nothilfe zugestimmt hatte waren vom BMI Verhandlungen mit dem DGB über seine Beteiligung an den Aufgaben und der Organisation des THW aufgenommen worden. Der DGB erklärte sich zu einer Beteiligung nur dann bereit, wenn sich das THW auf die beiden Aufgaben Katastrophenschutz und ziviler Luftschutz beschränke und die Forderung des BMI nach einer Mitwirkung des THW an der Beseitigung von Notständen, durch welche die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung, der öffentliche Gesundheitsdienst, der lebensnotwendige Verkehr oder die öffentliche Sicherheit gefährdet werden.“

Die Forderung des DGB wurde selbstverständlich nicht erfüllt.

Deswegen wurde das THW mit den gleichen Aufgaben wie die TN wieder errichtet. Als Streikbruchorganisation.

Im Juli 1953 sollte das THW seine rechtliche Grundlage erhalten in Form einer nicht rechtsfähigen Bundesanstalt. Nun war 1953 aber ein Wahljahr. Und gab es einige Dinge zu beachten.

„Staatssekretär Sauerborn bittet, die Erörterung mindestens bis Mitte September 1953 zurückzustellen, weil zu befürchten sei, dass ein Teil der Arbeitnehmer den beabsichtigten Erlass – wenn auch zu Unrecht – als auf die Beschränkung ihres Streikrechts gerichtet ansehen würde. Die dadurch möglicherweise hervorgerufene Unruhe würde vor den Wahlen besser vermieden.“

Der Bundeskanzler hält demgegenüber für ausschlaggebend, dass gerade unmittelbar nach dem Wahltag Lagen, die den Einsatz des Technischen Hilfswerks erforderlich machen könnten, nicht völlig ausgeschlossen seien.

Der Erlass wird gebilligt mit einer vom Bundesminister für den Marshallplan zu Ziffer III Abs. 3 vorgeschlagenen geringfügigen Änderung. Es besteht Einigkeit darüber, dass der Erlass bis auf weiteres nicht veröffentlicht werden soll.“

Damit bestand die technische Nothilfe unter dem neuen Namen Technisches Hilfswerk erneut. Entgegen den Auflagen des Potsdamer Abkommens. Die Aufgaben sind wie schon einst: Streikbruch und Zivilschutz im Krieg. Auch der Präsident ist bekannt. Es ist erneut Otto Lummitzsch.

Nun untersteht das THW aber dem Innenministerium, es darf also keine militärische, oder paramilitärische Organisation sein, also auch nicht solche Aufgaben wahrnehmen.

Es wurde aber seit 1953 von der BRD im Ausland eingesetzt als Vortrupp der Okkupationspolitik sowie zur Absicherung schon eroberten Gebiete, insbesondere in Europa. Der bislang größte Auslandseinsatz fand im Jahr 2000 in Frankreich statt mit 1.500 Mann. Im Kampf gegen Winterstürme, versteht sich.

2007 nahm das THW am größten Militäreinsatz gegen die eigene Bevölkerung teil, am G8 Gipfel. Dort übernahm es so unmilitärische Aufgaben wie:

- Verpflegung von Einsatzkräften des Auswärtigen Amtes, der Bundes- und Landespolizeien und der Bundeswehr: Es wurden allein an einem Verpflegungsstützpunkt innerhalb des Sicherheitszauns von Heiligendamm ca. 4.000 Mahlzeiten am Tag ausgegeben.
- Sicherstellung von Funkverbindungen (Weitverkehr)
- Ausleuchten von Landeplätzen in Heiligendamm, am Flughafen Rostock-Laage sowie auf Gut Hohen Luckow
- Ausleuchten von mobilen Kontrollstellen sowie des Sicherheitszauns im Bereich Heiligendamm
- Stromversorgung und Ausleuchten von Behandlungsplätzen
- Die 2. Bergungsgruppe war dauerhaft zum Ausleuchten einer Polizeieinheit eingesetzt.

- Die Fachgruppe Räumen half bei dem Anlegen der Sicherheits-schleuse an der Galopprennbahn in Heiligendamm
- Die 1. Bergungsgruppe nahm Transport- und Maschinentätigkeiten beim Ausleuchten von Gut Hohen Luckow wahr.
- Die Fachgruppe Räumen unterstützte die Aufräum- und Sicherungsarbeiten, nachdem beim Probeanflug auf die angelegten Helikopterlandeplätze Quadratmetergroße Kunststoffplatten bis zu 50 Meter durch die Luft gewirbelt wurden.
- Wahrnehmung diverser Transportaufgaben
- Die Fachgruppe Räumen half beim Bergen eines festgefahrenen Polizeiuimogs
- Ausbesserung der Zufahrtsstraße zum Bereitstellungsraum
(Quelle: THW-Ortsverband Preetz)

Heute hat das THW 860 Hauptamtliche, 82.000 Ehrenamtliche und darunter 15.000 Junghelfer der THW-Jugend. Das ist zu wenig angesichts der Weltwirtschaftskrise und der daraus vielleicht folgenden Streiks und angesichts der vermutlich bevorstehenden Auseinandersetzungen zwischen den krisengebeutelten Staaten. Es wird jetzt also ein verstärkter Aufbau betrieben und diverse Kooperation vereinbart:

Seit November 2008 besteht ein Kooperationsprotokoll zwischen dem THW und dem Militär, unterzeichnet vom Kriegsministerium und dem fürs THW zuständigen Innenministerium. In der Präambel ist zu lesen:

„Das Bundesministerium der Verteidigung und das Bundesministerium des Innern, vertreten durch die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), erklären ihren Willen, ihre Zusammenarbeit auf den Gebieten der Katastrophenhilfe und der Hilfe bei Großschadensereignissen im Inland sowie im Bereich der Humanitären Hilfe und der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit Inland (ZMZ/I) sowie der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit Ausland (ZMZ/A oder CIMIC1) zu vertiefen.“



Manpower hinter Polizei und Bundeswehr: Nur ein kleiner Ausschnitt der THW-Truppe beim G8-Gipfel

Dann folgen die Kooperationsmaßnahmen im Inland:

Heimatschutz und THW

„Landeskommandos tauschen in ihrem Zuständigkeitsbereich mit dem THW Listen der Ansprechpartner auf Bezirks- und Kreisebene sowie auf Ebene der kreisfreien Städte aus. Die Listen sind selbstständig zu aktualisieren. Sie enthalten auch elektronische Kontaktdaten, sofern diese auf der jeweiligen Ebene vorhanden sind. Landeskommandos verteilen die Kontaktdaten des THW entsprechend an die unterstellten Bezirks- und Kreisverbindungskommandos. Die regionalen Planungs- und Unterstützungsgruppen müssen über alle im Zuständigkeitsbereich liegenden Ansprechpartner des THW unterrichtet sein.

Im Rahmen der Kontaktpflege sind die Beauftragten der Bundeswehr für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (BeaBwZMZ) und Leiter der Bezirks- und Kreisverbindungskommandos (LtrBVK/KVK) angewiesen, einen regelmäßigen Informationsaustausch mit den entsprechenden Stellen des THW durchzuführen. Gleiches gilt für BeaBwZMZ GesWes in Fragen des Gesundheitswesens. Sofern im Rahmen der Katastrophenabwehr Übungen stattfinden, können diese auch zum Informationsaustausch genutzt werden.

Im Einsatz sind organisatorische Absprachen unter Einbeziehungen des Einsatzleiters zu treffen, wenn sowohl Kräfte des THW als auch der

Bundeswehr eingesetzt sind. Die eingesetzten Kräfte sind über die getroffenen Absprachen zu unterrichten.“

Für den Transport der Streikbrecherorganisation durch das Militär wurde vereinbart:

„Mitflüge im Inland

Werden im Rahmen der Katastrophenhilfe und der Hilfe bei Großschadensereignissen Luftfahrzeuge der Bw eingesetzt, kann für Angehörige des THW nach den Regelungen Erlasses „Hilfeleistungen der Bundeswehr bei Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen und im Rahmen der Nothilfe“ der Mitflug ermöglicht werden.“

Zur Lageaufklärung und den Brennpunkten von Streiks und Aufständen sorgt ebenfalls das Militär:

„Zugang zu Geoinformationen der Bundeswehr Der Geoinformationsdienst der Bundeswehr (GeoInfoDBw) stellt dem THW auf Anfrage die von ihm hergestellten und herausgegebenen GeoInfo-Daten-/Produkte bereit, die das THW zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt.“

Die Bundeswehr stellt dem THW Truppenübungsplätze und Militärgelände bereit.

„Mitbenutzung von Liegenschaften

Die Bundeswehr gestattet dem THW die Mitbenutzung von Liegenschaften, insbesondere Übungsplätzen, im Rahmen freier Kapazitäten und soweit dieses den dienstlichen Interessen der Bundeswehr nicht entgegensteht.“

Die Verzahnung der Streikbrecherorganisationen wird geübt:

„Gemeinsame Ausbildung

In einer gemeinsamen Ausbildung können die Aufgaben, Strukturen, Fähigkeiten, Arbeitsweisen und das Selbstverständnis der jeweils anderen Organisation vermittelt werden.

Darüber hinaus kann ein Einblick in die rechtlichen Rahmenbedingungen, Zuständigkeiten, Verfahrensabläufe sowie Möglichkeiten der ZMZ gewährt werden.

Gemeinsame lehrgangsgebundene Ausbildung von Führungspersonal kann an Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr, z.B. an der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw), der Akademie der Bundeswehr für Information und

Kommunikation (AkBwInfoKom) oder an der THW-Bundesschule sowie an der Akademie für Krisenprävention, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) erfolgen. Auf Ebene der Landeskommandos kann sie auch in Form von Regionaleinweisungen durchgeführt werden.“

Für die deutschen Okkupationen im Ausland wird die Kooperation den folgenden Punkten vereinbart:

„Austausch von Verbindungspersonal

Erfahrungs- und Informationsaustausch vor Ort Medizinische Mitversorgung im Einsatzgebiet

Feldpostversorgung

Zugang zu Geoinformationen der Bundeswehr

Informationsaustausch

Marketenderwaren

Bargeldversorgung in gemeinsamen Einsatzgebieten

Mitnutzung von Bw-Liegenschaften im Ausland“

Die Verzahnung einer nach gültigem Recht zivilen Organisation THW, die den Schutz der Genfer Konvention als nichtmilitärische Organisation genießt, mit der Bundeswehr und unter deren Fittichen, ist weder nach dem Recht der BRD möglich noch nach geltendem Völkerrecht.

Die Kooperationen mit der Bundeswehr ist aber nicht die einzige, die in den letzten Monaten geschlossen wurde. Das THW schloss auch auch Vereinbarungen und Abkommen mit Teilen der Monopolkapitalisten und ihren Verbänden. Die Monopolbourgeoisie umgibt sich mit dem Schutz der alten Streikbrecherorganisation, die verbunden ist mit dem Militär. Wie in alten Zeiten. Alle folgenden Zitate stammen von Pressemeldungen des THW:

THW und Chemiekonzern BASF

„Kooperation mit Chemieriesen geschlossen

Ludwigshafen – 9. Dezember. Die Zusammenarbeit zwischen dem THW und den Werkfeuerwehren der chemischen Industrie wird weiter verbessert. Am Dienstag unterzeichneten der bei BASF für Infrastruktur zuständige Vice President, Dr. Heinz Krüger, der Leiter der BASF-Werkfeuerwehr, Rolf Hasselhorst, und THW-Präsident Albrecht Broemme in Ludwigshafen eine entsprechende Kooperationsvereinbarung. Sie regelt die Zusammenarbeit zwischen dem Unterneh-

men und dem THW-Ortsverband Ludwigshafen am Hauptsitz der BASF.

Durch die Vereinbarung kann die Werkfeuerwehr bei Schadensfällen im Werk auf die Expertise und die Gerätschaften des THW zurückgreifen. Auf Anfrage unterstützt das THW das Unternehmen mit Räum- und Transportfahrzeugen und entsprechendem Einsatzpersonal. Damit profitiert die BASF von der organisatorischen, technischen und logistischen Kompetenz des THW und bindet diese eng in ihr Gefahrenabwehrkonzept ein. In einer gemeinsamen jährlichen Einsatzübung trainieren die Partner die praktischen Abläufe für den Ernstfall.“

THW und Verband der Chemischen Industrie „Zugang für TUIS-Roboter frei geräumt

Walldorf – 12. August. Mit Räum- und Sicherungsarbeiten unterstützte das THW am Dienstag das Transport-Unfall-Informations- und Hilfeleistungssystem (TUIS) des Verbands der Chemischen Industrie (VCI) nach dem Brand in einer Lackfabrik in Walldorf.

Zwischen dem THW und dem VCI besteht eine Kooperationsvereinbarung, die die Zusammenarbeit der TUIS-Werkfeuerwehren mit dem THW regelt. Ziel der beiden Partner ist es, die Hilfe nach Gefahrgutunfällen zu optimieren. Dazu sind die gegenseitige Abstimmung, die gemeinsame Entwicklung von Einsatzkonzepten, Ausbildungen und Übungen erforderlich. Bei Gefahrguteinsätzen wird das THW bei Bedarf wie bisher durch die jeweilige Leitstelle angefordert.“

THW und Flughafenbetreiber GmbH Stuttgart

„Bundesweit erste Kooperation bei Flugzeugbergung

Stuttgart - 28. November. Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) und die Feuerwehr der Flughafen Stuttgart GmbH (FSG) arbeiten zukünftig bei der Bergung von Flugzeugen Hand in Hand. Diese Zusammenarbeit ist bundesweit einmalig: Bei Bedarf unterstützen jetzt speziell ausgebildete THW-Einsatzkräfte des Geschäftsbereichs Göppingen die Flughafenfeuerwehr.

Dirk Göbel überbrachte die Grußworte des THW Präsidenten Albrecht Broemme und ergänzte „die Vereinbarung hat Vorbildcharakter. Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten und knapper Kassen Synergien zu nutzen, ist sinnvoll und notwendig.

Die Flughafenfeuerwehr in Stuttgart ist bundesweit Vorreiter bei der Bergung von Flugzeugen. Mit Hilfe des flughafeneigenen Übungsflugzeugs, einer Tupolev Tu 154, bilden die Experten Bergecrews von Flughäfen und Feuerwehren aus aller Welt aus und trainieren mit Personal von Fluggesellschaften das Verhalten bei Bränden in der Kabine.“

Es gibt also viele neue Einsatzfelder dafür braucht es Nachwuchs

„Hamburg: Neue Wege in der Helfergewinnung

Hamburg – 26. November. Die THW-Geschäftsstelle in Hamburg geht gemeinsam mit den Ortsverbänden der Hansestadt neue Wege bei der Helfergewinnung. An der Staatlichen Gewerbeschule Energietechnik sollen künftig THW-Elemente in den Unterricht eingebaut werden. Ende November fand die erste Pilotveranstaltung statt. Ziel des Projekts ist der Abschluß einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Gewerbeschule und dem Hamburger THW in naher Zukunft. Die erste Pilotveranstaltung, die am 26. November in der Gewerbeschule stattfand, beinhaltete eine Darstellung der THW-Technik und des Fachpersonals für die angehenden Elektrofachkräfte.



THW-Ausbildung Hamburger Gewerbeschüler

Für den praktischen Teil fiel der Strom in der gesamten Schule aus. Die Schüler erhielten die Aufgabe, eine elektrische Notversorgung für Einspeisung, Beleuchtung und Heizung herzustellen. Jeweils ein Trupp aus sechs Schülern und einem THW-Helfer bekam eine Teil-Aufgabe gestellt und musste diese eigenständig lösen. Dazu gehörten das Erden und die Inbetriebnahme der Netzersatzanlage, der Aufbau einer 125A-Versorgungsleitung mit Einspeisung in den ersten Stock des Gebäudes sowie die Notbeleuchtung des Treppenhauses und der Flure.

Die anstehende Kooperation, die im Februar 2009 weiter vertieft werden soll, ist eine so genannte Win-win-Situation für beide Institutionen. Die Schüler haben die Möglichkeit unter Anleitung des THW ihr Erlerntes praktisch und mit Realitätsbezug umzusetzen. Das THW hat die Chance, unter den Schülern die Begeisterung für ehrenamtliches Engagement zu wecken und Helfer zu gewinnen.

Die Herstellung der Stromversorgung in bestreikten Betrieben gehörte schon zum Handwerk der technischen Züge der Freikorps und ist es bis in die heutige THW-Zeit geblieben. Auf der Suche nach Nachwuchs für den Streikbruch überfallen sie nun schon die Schulen, insbesondere die energietechnischen Gewerbeschulen.

Allerdings kann den Jugendlichen auch ein Licht aufgehen und sie drehen das Gelernte um, wenn es eines Tages gilt, die Fabriken samt Stromversorgung lahm zu legen.

Das THW auf Okkupationskurs zur Absicherung der deutschen Monopole

Auslandseinsätze des THW in den letzten Wochen gab es insbesondere in Frankreich, wo mit weiteren 8 Staaten der EU der Einsatz von 800 Kräften gegen „terroristische Anschläge“ geübt wurde unter Anwesenheit des Staatssekretärs des Berliner Innenministeriums. Mit einer belgischen Organisation hielt das THW mit der Feuerwehr ein Manöver mit 180 Mann in Eschweiler ab. Das THW schreibt, dass eines seiner wichtigsten Kooperationsgebiete im Ausland der östliche Mittlere Osten war.

In Rumänien stehen die größten Chemieanlagen der BRD von ganz Osteuropa und Rußland. Che-

mie-Werke im Wert von 1,6 Milliarden Euro hat der deutsche Imperialismus in Rumänien, insbesondere in der Region um Sibiu (das THW spricht von Siebenbürgen und Hermannstadt) aufgebaut. Die letzte Okkupation Rumäniens und dessen Ölvorkommen durch den deutschen Imperialismus ist erst einige Jahrzehnte her. Erneut schickt er sich an, dieses Gebiet und seine Fabriken paramilitärisch unter Beschlag zu nehmen und hat dafür das THW in Gang gesetzt. Das THW schreibt:

„Erfolgreiches Ende für Twinning-Projekt in Rumänien

Hermannstadt/Sibiu - 20. November. Lassen sich Flutkatastrophen in Rumänien verhindern? – Wohl kaum. Aber durch gut koordinierte Einsätze lassen sich die Folgen minimieren. In Rumänien endete am Mittwoch das Twinning-Projekt „Aufbau von Katastrophenmanagementstrukturen auf regionaler und lokaler Ebene“ zwischen dem THW und dem rumänischen Katastrophenschutz (GIES).

Fast zwei Jahre lang hatten sich Experten beider Organisationen im Rahmen des von der EU finanzierten Projekts mit dem Thema Hochwasserprävention und -bekämpfung auseinandergesetzt. In vier Teilbereichen erstellten haupt- und ehrenamtliche THW-Experten gemeinsam mit ihren rumänischen Partnern Risikoanalysen für hochwassergefährdete Gebiete und entwickelten Standards für die Stabsarbeit in den Katastrophenstäben der Kreise. Darüber hinaus wurde ein Trainingskonzept erarbeitet und umgesetzt sowie eine Kampagne für Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 14 und 17 Jahren zur Sensibilisierung für Flutkatastrophen durchgeführt. ...

„Eine gute Ausbildung ist genauso wichtig wie eine gute Ausstattung“, machte THW-Vizepräsident Rainer Schwierczinski in seiner Ansprache deutlich. „Deshalb werden wir auch in Zukunft mit dem rumänischen Bevölkerungsschutz zusammenarbeiten“, ging Schwierczinski auf die Nachhaltigkeit des Projekts ein.“

Das THW ist also in jeder Weise für die Zukunft gerüstet.

Tanja (Hamburg)

Kooperation zwischen dem Kultusministerium NRW und der Bundeswehr

Am 29. Oktober 2008 hat die Schulministerin von NRW Frau Sommer mit dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen.

Von dieser Vereinbarung sind in NRW 1,8 Millionen Schüler in der Sekundarstufe I+II betroffen.

Kam bisher der Kontakt zwischen Schulen und Bundeswehr in der Hauptsache auf Initiative von einzelnen Lehrern, Rektoren oder auch Schülern zu Stande, so wird mit dieser Kooperation nun systematisch die Militarisierung der Schulen durch die Bundeswehr vorangetrieben.

Inhalte der Bundeswehr und die Unterweisung

Der Punkt der Vereinbarung, dass die Bundeswehr ihre Inhalte unkommentiert auf den Seiten des Schulministeriums darstellen darf, ist bereits vollständig umgesetzt.

(http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Kooperationen/Koop_Schule_BW/index.html#A_0)

Auf verschiedene Anfragen an das Ministerium welche Konsequenzen Lehrern oder Schülern drohen, die eine Teilnahme an Veranstaltungen oder Maßnahmen auf Basis dieser Kooperation drohen, gab es bisher noch keine Antwort.

Diese Kooperationsvereinbarung ist bisher ein-

malig in der BRD und hat Pilotcharakter auch für die anderen Bundesländer. Um gegen diese Kooperationsvereinbarung vorzugehen haben wir Kontakt mit der Landesschülervertretung in NRW aufgenommen. Mit dem Ziel, dass sie gegen die Kooperationsvereinbarung Stellung bezieht und dagegen aktiv wird. Als erstes Ergebnis dieses Kontaktes wurden wir eingeladen auf der nächsten Landesschülerdelegiertenkonferenz NRW ein kurz-

Risiken für unsere Sicherheit

- Internationaler Terrorismus
- Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen
- Regionalkonflikte innerhalb und außerhalb Europas
- Instabilität von Staaten
- Störungen der Rohstoff-, Waren- und Kommunikationsströme
- Demographische, ökologische und ökonomische Fehlentwicklungen

Solche und ähnliche Erklärungen bieten Jugendoffiziere

durch Jugendoffiziere sollen zu einem festen Bestandteil der Aus- und Weiterbildung von Referendaren und Lehrern in NRW werden, einschließlich des Besuches von Einrichtungen oder Veranstaltungen/Seminaren der Bundeswehr.

Mit dieser Kooperationsvereinbarung schafft sich die Bundeswehr nicht nur einen erleichterten Zugang zu Schulen zur Nachwuchsrekrutierung (auch wenn sie das natürlich in ihrer Vereinbarung ausdrücklich ausschließen), sondern kann nun noch direkter und in größerem Umfang als bisher der Jugend ihren Kriegskurs und ihre Kriegspropaganda unkommentiert als Teil des normalen Schulunterrichts unterschieben.

es Impulsreferat dazu vor dem Plenum und einen Workshop zu machen.

Im selben Sinne haben wir auch Kontakt zur GEW aufgenommen.

Wir sollten in den anderen Bundesländern prüfen, ob es auch dort bereits entsprechende Vereinbarungen gibt oder in Vorbereitung sind.

Die Originalkooperationsvereinbarung findet Ihr entweder im Anhang oder unter

http://www.schulministerium.nrw.de/BP/Schulsystem/Kooperationen/Koop_Schule_BW/Kooperationsvereinbarung_Schulen_NRW.pdf.

Wuide (Köln)

AKTIONEN gegen den Notstand der Republik

Beispiele für kleine Aktionen gegen die Bundeswehr

In Köln gibt es ein örtliches pazifistisches Bündnis „Bundeswehr wegtreten“, das sich regelmäßig trifft und Aktionen gegen die Bundeswehr macht. Wo es geht sind wir, die Kölner Jugend

gegen den Notstand der Republik dabei. Mittlerweile ist dieses Bündnis auch bundesweit, zumindest den Antimilitaristen bekannt sein, weil sie sowohl die eigenen, als auch die Anti-Bundeswehr-Aktionen aus anderen

Orten auf ihrer Homepage dokumentieren. (Auch Aktionen des JAA sind dort zu finden.) Das Bündnis wird kräftemäßig oft überschätzt, was aber nur zeigt, dass man mit guten kleinen Aktionen, auch für viel Furore sorgen kann.

Schwerpunkt der Arbeit ist also dort, wo die Bundeswehr auftritt. Transparente am Kölner Dom beim öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr. Proteste davor und Gegengesang im Kölner Dom, bei Seligsprechung von Bundeswehrsoldaten vor deren Tod durch Kardinal Meisner. Ein satirischer Zug aus Gerippen, Priestern und Soldaten, der vor dem Kölner Rosenmontagszug schon mal die Strecke ablief (viel Publikum garantiert). Alternative Blaskapelle mit Hintergrundmix aus Bombendetonationen beim Militärmusikfestival. Eine Horde von Rollerbladern, mit schweren Geräten bewaffnet, die den Konstruktionsfehler der Kölner Oper ausnutzt (unter der Erde, bei Konzerten darf keiner drüber laufen) und dadurch ein Konzert des Bundeswehrorchesters stört.

Eine weiterer Schwerpunkt ist auch die Anwerbung Arbeitsloser im Arbeitsamt. Anfangs setzte man sich in diese Veranstaltungen und diskutierte und störte dort solange, bis man rausgeschmissen wurde. Später gab es so manche phantasievolle Aktion vor den Türen für die an der Bundeswehr interessierten Jugendlichen und Arbeitslosen: ein blutrot verschmiertes Arbeitsamt, Probeliegen im Sarg mit Ausstellung eines Sargpasses mit Option auf Heimatbestat-

tung, Fotoshooting mit Totenschädel vor einer Bergkulisse Afghanistans, Abschiedsfeiern für die Bundeswehr mit festlicher Kleidung, Sekt und Kuchen... Einmal wurde die Ausgehuniform

des Werbe-Offiziers so mit rosa gefärbtem Mehl und Putzwasser versaut, dass die Veranstaltung ausfallen musste. Letztes Mal bekam der Chef der Arge, Müller-Starmann, für seine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr eine Torte ins Gesicht.

Gegenreaktionen blieben nicht aus. Anfangs indem genau kontrolliert wurde, wer in die Veranstaltungen geht. Feldjäger in Uniform wachten dazu vor dem Saal ohne das Hausrecht übertragen bekommen zu haben. Dies wurde öffentlich gemacht und es kam zu Protesten auch aus den Reihen der Arbeitsamtsmitarbeiter. Für zwei Monate wurden daraufhin die Rekrutierungsveranstaltungen ausgesetzt. Als sie wieder einsetzten, wurden sie vom Vormittag, auf den Nachmittag verlegt. Immer weniger interessierte Jugendliche kamen. Diese mussten sich sowohl von oben bis unten filzen lassen, als auch ihre Personalien abgeben. In Gesprächen mit ihnen vor dem Saal erzählten sie oft, dass sie gezwungen wurden hinzugehen, sonst werden ihre Bezüge gekürzt. Jetzt wird es wohl vor allem Einzelgespräche mit interessierten Jugendlichen geben, das kündigte die Bundeswehr in der Presse an. Aber zumindest an ihren öffentlich ausgehängten Terminen kommt kaum noch jemand. Als sie z.B. bei einem der letzten Male behaupteten der Saal wäre schon voll und die Veranstaltung hätte längst begonnen, wurde flugs eine Leiter aus dem Gebüsch geholt, um ein Transparent vor die Fenster des Veranstaltungssaals im ersten Stock zu hängen. Der Saal war leer.

Das waren Beispielaktionen von Bundeswehr wegtreten. Die müssen kein Einzelfall bleiben.

Am Schluss noch eine kleine Aktion, die die FDJ in Greifswald gegen die Bundeswehr im dortigen Arbeitsamt gemacht hat. Durch die IMI-Studie



war klar, dass dort regelmäßig die Bundeswehr rekrutiert. Aber durch anrufen und sich als interessiert ausgeben oder dort in den Räumen schauen, ob etwas ausgeschrieben steht, war das nicht rauszukriegen: „Bundeswehr, nein hier doch nicht!“ Erst bei Schulverteilungen im Gespräch mit ehemaligen, jetzt arbeitslosen Schülern, die auch schon zu Terminen mit denen geschickt wurden, kriegten wir Gewissheit. Einer von uns ging dann hin und gab an, er habe jetzt einen Termin zum Gespräch und wisse aber nicht mehr, wo er hin müsse. Ihre Antwort: „Ach das tut uns aber leid. Da muss irgendwas schief gelaufen sein. Die Bundeswehr ist heute nicht da. Die ist jeden zweiten Donnerstag hier. Dort hinten in unserem Besprechungsraum...“

Zu den Geschäftszeiten, vor dem Eingang des Gebäudes in dem die Herren rekrutierten tauchten wir dann auf: 3 Soldaten mit Schildern: „Mein Urgroßvater marschierte nach Frankreich. Er starb in Verdun.“; „Mein Großvater marschierte gegen die Sowjetunion. Er starb in Stalingrad“; „...und uns schicken sie wieder in alle Welt!“ und eine FDJlerin dazwischen im Blauhemd mit dem Schild: „Mein Vater lebte in der DDR. Er wurde nicht in den Krieg geschickt!“

Die Flugblattverteiler hatten so manches gute, interessante Gespräch mit Arbeitslosen und Arbeitsamts-Mitarbeitern und trafen auf viel Zustimmung.

Anita (Köln)

MATERIAL zum Notstand der Republik

Auf den nächsten Seiten findet ihr:

- Die Stellungnahme des Aktivistentreffens in Hamburg zum Bundeswehreinsatz im Inneren.
- Die Erklärung des Aktivistentreffens in Hamburg
- Ein Flugblatt der FDJ zu Freikorps und ihres heutigen Analogons in der Bundeswehr
- Den Text der Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem Schulministerium NRW

- Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Gewaltenapparate
- Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- Die fließenden Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit
- Die Hartz-Gesetze und deren Auswirkung auf die Jugend

Preis: 2,00 EUR

Broschüre vom Aktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik in Nürnberg am 2. und 3. Februar 2008

Mit den Referaten und Reden zu folgenden Themen

- Zu den Ursachen des Notstands
- Mit den Gewerkschaften gegen den Notstand
- Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60 Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde
- Aktiv gegen den Heimatschutz!
- Die Demonstrationen vom 3. November 2007

Preis: 2,00 EUR

Vom JAA herausgegebene Broschüren



Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin im Kino Kosmos (Karl-Marx-Allee) der Jugendkongress "Notstand der Republik" statt. Mit verschiedenen Referaten wurde über den derzeitigen Umbau des Staates und dessen Hintergründe informiert.

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Der Staat
- Besonderheiten deutscher Demokratie und die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus

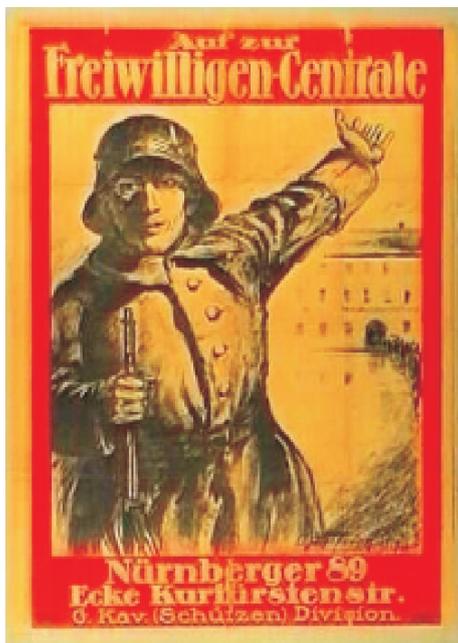
Bestellung - unter Angaben von Liefer- und Rechnungsanschrift - bitte an: info@jugendkongress-ndr.de

Bundeswehr stellt heute Freikorps auf

Es läuft ein Modellversuch aus Mitgliedern der Reservistenverbände der Bundeswehr sogenannte Kompetenzzüge zu bilden- Damit soll ein zweiter Militärapparat für den Inlandseinsatz, ähnlich der Freikorps der Weimarer Republik geschaffen werden.

Vor 90 Jahren wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von Mitgliedern eines der größten Freikorps der "Garde-Kavallerie-Schützen-Division" unter dem Kommando von Waldemar Pabst ermordet. Dies war eines von vielen Freikorps, die Ende des Ersten Weltkrieges auf Grundlage einer geheimen Anweisung der Obersten Heeresleitung gegen die Novemberrevolution der Arbeiter aufgebaut wurden. Es stellte sich zu dieser Zeit heraus, dass die Reste des Kriegsheeres als Bürgerkriegsarmee kaum brauchbar waren. Insbesondere galt das für die Truppen im Osten, die mit der proletarischen Revolution der Sowjetunion in Berührung gekommen waren.

Am 9. Januar veröffentlichte die durch die Novemberrevolution zur Macht gekommene SPD-Regierung, der Rat der Volksbeauftragten, einen Aufruf zum freiwilligen Grenzschutz, mit dem Ergebnis, dass 100 Freikorps entstanden. Diese sollten die Grenzen schützen und waren ebenso für den Einsatz im Reichsgebiet gegen die revolutionären Arbeiter und Soldaten unter Führung des Spartakusbundes gedacht. Sie wurden Gustav Noske (SPD) unterstellt, der sie später, ganz im Sinne seines Ausspruchs: "Meinetwegen, einer muss der Bluthund werden" auch gegen die Arbeiter einsetzte. Die Freikorps standen außerhalb der regulären Armee und setzten sich zu einem großen Anteil aus Offizieren und Unteroffizieren aus den sich auflösenden Streitkräften zusammen. Sie waren chauvinistisch, antikommunistisch und für die Restauration der Monarchie. Im Laufe des Jahres 1919 gab es etwa 150 Freikorps mit insgesamt rund 400.000 Mann. Finanziert wurden die Freikorps vom Staat, Konzernen und imperialistischen Organisationen, so



Werbepplakat für das Freikorps der Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

bekamen sie z.B. Gelder aus dem 500 Millionen Reichsmark schweren Antibolschewisten-fonds der deutschen Wirtschaft. Das führte dazu, dass sie einen relativ hohen Sold zahlen konnten.

1919 hatten die Freikorps maßgeblichen Anteil an der Niederschlagung der Novemberrevolution. Sie wurden aber auch im Ausland, noch nach Ende des

1. Weltkriegs im Baltikum gegen die Bolschewiki eingesetzt, wo sie getrieben von einem ausgeprägten Antikommunismus mit besonderer Brutalität vorgingen. Bei der Bildung der vorläufigen Reichswehr im März 1919 wurden die Freikorps teilweise in die Reichswehr übernommen und teilweise aufgelöst. Auf Druck der Siegermächte mussten im April/Mai 1920 alle verbliebenen Freikorps offiziell aufgelöst werden. Aber unter Duldung und mit Unterstützung der Reichswehrführung konnten Reste in den verschiedenen paramilitärischen Organisationen illegal weiter bestehen. Eine dieser Organisationen ist z.B. die Technische Nothilfe (das heutige THW), die aus den Freikorps hervorgegangen ist, eine halbstaatliche Einrichtung beim Reichsministerium des Innern, die in erster Linie zur Bekämpfung von Streiks in lebenswichtigen Betrieben eingesetzt wurde. Angehörige der Freikorps bildeten in der Folgezeit einen aktiven Grundstock für militärische und faschistische Organisationen, zahlreiche Offiziere und Unteroffiziere wurden von der Sicherheitspolizei, bzw. später von der Schutzpolizei übernommen. Ihre militärischen Erfahrungen, besonders bei Straßen- und Barrikadenkämpfen, sowie des Terrors gegen die Arbeiterbewegung dienten der Reichswehr später zur Ausarbeitung von Grundsätzen für den Kampf im Inneren. Später noch bekannt gewordene Mitglieder von Freikorps waren z.B. Ernst Röhm (Chef der SA) und Heinrich Himmler (Reichsinnenminister und Chef der SS).

Das Hauptproblem an den Freikorps bestand für die Armeeführung darin, dass die Freikorps nicht zu kontrollieren waren und oftmals eigenständig vorgingen, ohne Verbindung mit der Heeresleitung, auch gegen deren Befehle.

Die Schwächen der Freikorps-Formationen sind dem heutigen Generalstab der Bundeswehr genauso bewusst wie ihre Vorteile im Kampf gegen den "inneren Feind". In einem Modellversuch mit 6 regionalen Reservistenkameradschaften erprobt er zur Zeit den Aufbau von sogenannten "Kompetenzzügen", den modernen Freikorps.

Dazu erließ das Streitkräfteunterstützungskommando der Bundeswehr im März 2008 die "Leitlinie für die Zusammenarbeit mit regionalen Initiativen von Reservisten und Reservistinnen". Das Streitkräfteunterstützungskommando schreibt: "In einem ersten Schritt sollen die Reservistinnen und Reservisten erfasst werden, die sich im Rahmen von Maßnahmen zur Förderung militärischer Fähigkeiten (FMF) aus- und weiterbilden wollen. Grundsätzlich muß sich der betroffene Personenkreis unabhängig von einer Beorderung schriftlich bereit erklären, im Bedarfsfall zur "Hilfeleistung im Innern" einberufen zu werden."

In der BRD gibt es etwa 8 Millionen Reservisten. Davon sind 130.000 im Reservistenverband der Bundeswehr organisiert. Das sind die militaristischsten Elemente, die regelmäßige Wehr- und Schießübungen abhalten und z.B. den Orts- und Häuserkampf üben (Reservistenzeitschrift "loyal", Dezember 2008). Sollten sie zu Freikorps umgebaut werden, dann sind sie je nach Lage und Zeitpunkt kurzfristig einsetzbar.

Dafür unterschreiben sie eine Erklärung, dass sie sich freiwillig jederzeit einsetzen lassen. Geführt werden die Reservisten von aktiven Truppenteilen und sind in sie integriert. Das unterscheidet sie von den Freikorps zu Beginn der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts und deren Mangel, unkontrolliert gewesen zu sein. Arbeitstitel des Modellversuchs ist: "Hilfeleistung der Bundeswehr bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen im Inneren der Bundesrepublik Deutschland".

Militäreinsätze bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen - das sind die Definitionen für Bundeswehreinätze im Inland, die zur Änderung des Grundgesetzes Artikel 35 von CDU und Teilen der SPD gefordert werden, aber derzeit keine grundgesetzändernde Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat erhalten (siehe auch Stellungnahme). Der Aufbau von Freikorps geht auch weit über die Notstandsgesetze hinaus. Dies ist eigentlich gar nicht mehr damit vergleichbar und sprengt sämtliche Maßnahmen nach einem ausgerufenen Notstand.

In diesem Fall können nach dem "Zivilschutzkorpugesetz" alle Wehrpflichtige zum Zivilschutz

herangezogen und ausgebildet werden. Sie unterstehen dann den Ländern, nicht aber dem Militär.

Ihr Einsatz ist nur im Kriegsfall bei Ausrufung des Notstands möglich und gesetzlich genau definiert. Der Einsatz der Freikorps ist dagegen mit keinem Gesetz definiert und sie sind jederzeit einsetzbar im Krieg, gegen die Arbeiter und das eigene Volk.

Bis zum September 2009 soll die Modellerprobung abgeschlossen sein. Wenn das Streikräfteunter-

Stellungnahme

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik zum Einsatz der Bundeswehr im Inland

Beschlossen auf dem II. Jugendaktivistentreffen am 09.11.08 in Hamburg

Die Bundeswehr wird grundgesetzwidrig im Inland eingesetzt, Geheimdienste und Polizeien arbeiten verfassungswidrig zusammen, das BKA ist zur Geheimpolizei ausgebaut, aus dem Bundesgrenzschutz ist die paramilitärische Bundespolizei geworden, statt des Katastrophenschutzes gibt es einen militärischen Heimatschutz, dessen Kommandos in allen Regierungsebenen stationiert sind und sämtliche Hilfsorganisationen unter ihren Befehl zwingen, die Erwerbslosen sind entrechtet und die gesamte Bevölkerung wird in Dateien erfasst und beinahe allumfassend überwacht. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft werden militarisiert und auf Krieg vorbereitet. Darum sprechen wir vom Notstand der Republik!

Aktuell ist geplant, den Artikel 35 des Grundgesetzes zu ändern, um dem Inlandseinsatz der Bundeswehr den Anstrich der Legalität zu geben. Der Artikel 35 regelte ursprünglich die Amtshilfe. Bereits 1968 wurde er im Zuge der Notstandsgesetzgebung um die Absätze zwei und drei erweitert, die den Einsatz des BGS und der Streitkräfte zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall möglich machten, jedoch ohne militärische Mittel. Nur und ausschließlich im Falle des Notstandes konnten militärische Mittel eingesetzt werden. Was jetzt passiert, ist, den Notstand zum Alltag zu machen, indem der Artikel 35 um zwei weitere Absätze ergänzt werden soll:

„(4) Reichen zur Abwehr eines besonders schweren Unglücksfalles polizeiliche Mittel nicht aus, kann die Bundesregierung den Einsatz der Streitkräfte mit militärischen Mitteln anordnen.“

„(5) Bei Gefahr im Verzug entscheidet der zuständige Bundesminister.“

Was bedeutet das? Das ist der uneingeschränkte Inlandseinsatz des Militärs, mit allem, was dazu gehört: Schwere Maschinengewehre, Raketen, Sprengkörper, Panzer, Tornados und Kriegsschiffe. Dazu braucht es jetzt keinen Verteidigungsfall, keine Ausrufung des Notstands, ausreichend ist ein juristisch undefinierter Unglücksfall. Und er muss nicht einmal eingetreten sein, da von „Abwehr“ die Rede ist. Der vage Verdacht, dass ein besonders schwerer Unglücksfall eintritt, reicht aus, um die Bundeswehr gegen die Bevölkerung präventiv in Marsch zu setzen, z.B. bei Demonstrationen und Streiks. Darüber soll nicht das Parlament entscheiden, im Zweifelsfall nicht einmal die Bundesregierung, sondern ein einzelner Bundesminister. Das ist ein Ermächtigungsartikel und hat mit bürgerlicher Demokratie nichts mehr zu tun. Das ist Kriegsrecht! Das dürfen wir nicht zulassen:

**Diese Grundgesetzänderung muss verhindert werden!
Nie wieder Soldaten gegen Demokraten!**

stützungskommando zu dem Ergebnis kommt, Freikorps auf Basis dieses Modells aufzubauen, so können diese im Jahr 2010 flächendeckend stehen.

Neben der Bundeswehr schafft sich die Monopolbourgeoisie also einen weiteren Militärapparat, mit Freiwilligen. Einen Apparat, den sie schon einmal mit Millionengeldern unterstützt hat zur Absicherung ihrer Herrschaft, was ihr angesichts der heranrollenden Weltwirtschaftskrise ganz entscheidend zu sein scheint.



Freie Deutsche Jugend
Zentralrat

V.i.S.d.P.: R.Ehlert, c/o Weydingerstr. 1416, 10178 Berlin, www.FDJ.de



Kooperationsvereinbarung



zwischen dem
**Ministerium für Schule und Weiterbildung
des Landes Nordrhein-Westfalen**
und dem
**Wehrbereichskommando II
der Bundeswehr**



I

Eine lebendige Gesellschaft ist auf die Fähigkeit und Bereitschaft ihrer Mitglieder angewiesen, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen, den politischen Prozess zu verfolgen, sich an ihm zu beteiligen und Mitverantwortung zu übernehmen.

Politische Bildung in der Schule zielt auf eine derartige Mündigkeit in der demokratischen Gesellschaft. In einer durch wachsende internationale Verflechtungen gekennzeichneten Welt bedarf es dabei in zunehmendem Maße einer Auseinandersetzung mit Fragen internationaler Politik, auch der Sicherheitspolitik.

II

Vor diesem Hintergrund schließen wir diese Kooperationsvereinbarung. Wir wollen gemeinsam einen Beitrag leisten, um Schülerinnen und Schülern Aufklärung und Informationen über sicherheitspolitische Fragestellungen zu ermöglichen.

Jugendoffiziere informieren im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik. Dabei werden Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein. Die Schülerinnen und Schüler sollen so befähigt und motiviert werden, die Möglichkeiten der Friedenssicherung zu erörtern. Hierbei werden alle allgemeinen Schulen der Sekundarbereiche I und II und die Berufskollegs einbezogen.

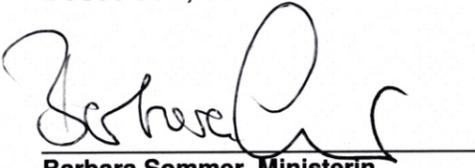
Jugendoffiziere werben nicht für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr.

Auf dieser Grundlage vereinbaren wir:

- eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung im Bereich der Sicherheitspolitik entsprechend den Vorgaben der Verfassung, des Schulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalens und der Rahmenvorgabe für politische Bildung.
- die Möglichkeit der Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften.
- die Möglichkeit der Teilnahme von Lehrkräften und Bediensteten des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bezirksregierungen bei Aus-, Fort- und Weiterbildungen im Rahmen von Seminaren zur Sicherheitspolitik der Bundeswehr und von Besuchen ihrer Einrichtungen.
- die Veröffentlichung von Bildungsangeboten, insbesondere im Amtsblatt und in den Onlinemedien des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Wehrbereichskommandos II.
- die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung durch regelmäßige Gespräche der Jugendoffiziere mit den jeweiligen Leiterinnen und Leitern der Schulabteilungen bei den Bezirksregierungen oder eines von Ihnen jeweils beauftragten Dezernenten.
- Jeweils zum Schuljahresende erfolgt ein schriftlicher Bericht der Jugendoffiziere an das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen über die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung.

In die Kooperation werden der nachgeordnete Bereich des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und der unterstellte Bereich des Wehrbereichskommandos II einbezogen. Die Beteiligten sind sich bewusst, dass die Schulen in eigener Zuständigkeit über die Ausgestaltung der Umsetzung der Vereinbarung entscheiden.

Düsseldorf, den 29.10.2008


**Barbara Sommer, Ministerin
für Schule und Weiterbildung
des Landes Nordrhein-Westfalen**


**Bernd Diepenhorst, Generalmajor
Befehlshaber im Wehrbereich II**

Stellungnahme

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik zum Einsatz der Bundeswehr im Inland

Beschlossen auf dem II. Jugendaktivistentreffen am 09.11.08 in Hamburg

Die Bundeswehr wird grundgesetzwidrig im Inland eingesetzt, Geheimdienste und Polizeien arbeiten verfassungswidrig zusammen, das BKA ist zur Geheimpolizei ausgebaut, aus dem Bundesgrenzschutz ist die paramilitärische Bundespolizei geworden, statt des Katastrophenschutzes gibt es einen militärischen Heimatschutz, dessen Kommandos in allen Regierungsebenen stationiert sind und sämtliche Hilfsorganisationen unter ihren Befehl zwingen, die Erwerbslosen sind entrechtet und die gesamte Bevölkerung wird in Dateien erfasst und beinahe allumfassend überwacht. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft werden militarisiert und auf Krieg vorbereitet. Darum sprechen wir vom Notstand der Republik!

Aktuell ist geplant, den Artikels 35 des Grundgesetzes zu ändern, um dem Inlandseinsatz der Bundeswehr den Anstrich der Legalität zu geben. Der Artikel 35 regelte ursprünglich die Amtshilfe. Bereits 1968 wurde er im Zuge der Notstandsgesetzgebung um die Absätze zwei und drei erweitert, die den Einsatz des BGS und der Streitkräfte zur Hilfe bei einer Naturkatastrophe oder bei einem besonders schweren Unglücksfall möglich machten, jedoch ohne militärische Mittel. Nur und ausschließlich im Falle des Notstandes konnten militärische Mittel eingesetzt werden. Was jetzt passiert, ist, den Notstand zum Alltag zu machen, indem der Artikel 35 um zwei weitere Absätze ergänzt werden soll:

„(4) Reichen zur Abwehr eines besonders schweren Unglücksfalles polizeiliche Mittel nicht aus, kann die Bundesregierung den Einsatz der Streitkräfte mit militärischen Mitteln anordnen.“

„(5) Bei Gefahr im Verzug entscheidet der zuständige Bundesminister.“

Was bedeutet das? Das ist der uneingeschränkte Inlandseinsatz des Militärs, mit allem, was dazu gehört: Schwere Maschinengewehre, Raketen, Sprengkörper, Panzer, Tornados und Kriegsschiffe. Dazu braucht es jetzt keinen Verteidigungsfall, keine Ausrufung des Notstands, ausreichend ist ein juristisch undefinierter Unglücksfall. Und er muss nicht einmal eingetreten sein, da von „Abwehr“ die Rede ist. Der vage Verdacht, dass ein besonders schwerer Unglücksfall eintritt, reicht aus, um die Bundeswehr gegen die Bevölkerung präventiv in Marsch zu setzen, z.B. bei Demonstrationen und Streiks. Darüber soll nicht das Parlament entscheiden, im Zweifelsfall nicht einmal die Bundesregierung, sondern ein einzelner Bundesminister. Das ist ein Ermächtigungsartikel und hat mit bürgerlicher Demokratie nichts mehr zu tun. Das ist Kriegsrecht! Das dürfen wir nicht zulassen:

**Diese Grundgesetzänderung muss verhindert werden!
Nie wieder Soldaten gegen Demokraten!**

Erklärung

der Teilnehmer am II. Treffen des Jugendaktionsausschuss

Notstand der Republik

Wir waren noch klein oder noch nicht mal geboren, als sich vor rund zwei Jahrzehnten die Welt grundlegend und grundsätzlich veränderte. Durch den Zusammenbruch der sozialistischen Länder konnte der Kapitalismus sich wieder über (fast) die gesamte Welt ausbreiten. Aber er erlebte keine zweite Blütezeit, das Ende des Kalten Krieges war nicht der Beginn des Friedens. Nein, der faulende Kapitalismus blühte nicht auf, im Gegenteil, er brachte Millionen Menschen Arbeitslosigkeit, Hunger und Wirtschaftskrisen, die heute drohen ihren vorläufigen Höhepunkt in eine Weltwirtschaftskrise zu erreichen. Nein, die Welt ist nicht friedlicher geworden, im Gegenteil, die Kriege sind mehr geworden und heute drohen die Verteilungskämpfe der Großmächte die Menschheit erneut in einen Weltkrieg zu stürzen.

Wir wurden geboren oder wuchsen auf in zwei grundsätzlich verschiedenen deutschen Staaten. Vor rund zwei Jahrzehnten annektierte der eine Staat, die BRD, den anderen, die DDR. Das hatte zur Folge, dass der Staat des westdeutschen Kapitals - bis dahin auf die Unterdrückung der eigenen Bevölkerung beschränkt - umgebaut wurde zur Unterdrückung eines ganzen angeschlossenen Landes. Das hatte zur Folge, dass dieses größer gewordenen Deutschland - bis dahin gespalten und unter der Kontrolle der Alliierten des 2. Weltkriegs - wieder offen seine Eroberungs- und Kriegspläne verfolgen kann. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Einigung Europas unter dem deutschen Militärstiefel.

Heute ist der Staat weitgehend umgebaut: Geheimdienste und Polizeien arbeiten verfassungswidrig zusammen, das BKA ist zur Geheimpolizei ausgebaut, aus dem Bundesgrenzschutz ist die paramilitärische Bundespolizei geworden, statt des Katastrophenschutzes gibt es einen militärischen Heimatschutz, dessen Kommandos in allen Regierungsebenen stationiert sind und sämtliche Hilfsorganisationen unter ihren Befehl zwingen. Dieser Staatsumbau geht einher mit der Entrechtung der Erwerbslosen, z.B. durch die Hartz-Gesetze, der Einschränkung von Grundrechte, z.B. durch die Zerschlagung des Versammlungsgesetzes, der Erfassung der gesamte Bevölkerung in Dateien und ihrer allumfassenden Überwachung. - Staat, Wirtschaft und Gesellschaft werden militarisiert und auf Krieg vorbereitet.

Aktuell ist geplant, mit einem Ermächtigungsartikel einen Bundesminister zu autorisieren den Einsatz der Bundeswehr im Inland mit militärischen Mitteln zu befehlen. Dafür soll der Notstandsparagraf 35 des Grundgesetzes geändert werden. Die Herrschenden streben die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrat an, der anstelle von Regierung und Bundestag die Einsätze des Militärs im In- und Ausland koordiniert. Der Notstand ist zum Alltag geworden. Deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik.

Diese Entwicklung führte uns - Jugendliche aus verschiedenen Organisationen, Gewerkschaften und unorganisierte - vor anderthalb Jahren auf dem Jugendkongress – Notstand der Republik zusammen. Wir beschlossen, dieser Entwicklung unsern Widerstand entgegen zu stellen. Wir richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein, organisierten Demonstrationen, veranstalteten ein großes Aktivistentreffen und führten einen Aktionstag in zwölf Städten durch. Dieses Wochenende sind wir erneut zusammengekommen. Wir stellen fest: Der Notstand der Republik und die Kriegsgefahr haben sich verschärft. Wir stellen fest: Unser Widerstand war richtig und muss verstärkt werden. Wir stellen fest: Der Notstand der Republik ist nicht abstrakt, er sitzt z.B. in Form von Heimatschutzkommandos im Rathaus, er wirbt mit seinen Reservisten und Kriegsgerät auf öffentlichen Plätzen, er rekrutiert die Jugend in Schulen, Ausbildungsstätten und Arbeitsämtern für den Krieg, er zwingt die Millionen Mitglieder der Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr, er übt unter dem Deckmantel Katastrophenschutzübung in allen Teilen des Landes die Aufstandsbekämpfung und für den Krieg, seine Polizeien und Geheimdienste sitzen in diversen Zentren zusammen am Tisch.

Deswegen beschließen wir, ihn auch verstärkt da zu bekämpfen, wo er sichtbar wird. Die Büros der Bundeswehr in den Rathäusern sollen nicht länger unerkannt bleiben, das Kriegsgerät, mit denen die Reservisten auf dem Marktplatz stehen, soll auch die Handschrift des Widerstands tragen, die Soldaten in den Schulen, Werkstätten und Arbeitsämtern sollen nicht mehr ungestört ihr Kanonenfutter sammeln können usw..

Deswegen beschließen wir auch, die Bundestagswahl 2009 zu nutzen, die Einheitsfront zu stärken und vor Betrieben gegen den Notstand der Republik aufzutreten und unterstützen den Aktionsvorschlag des Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD „Klassenkampf statt Wahlkampf – Nein zum Notstand der Republik“, weil wir der Überzeugung sind, dass die Aufklärung über den Notstand der Republik mit einer aufsehenderregenden Aktion gerade in der politischen Zeit des Wahlkampf, gerade vor den Großbetrieben gemacht werden muss. Insbesondere begrüßen wir, dass der Arbeits- und Koordinationsausschuss der Ersten Arbeiter- und Gewerkschafterkonferenz gegen den Notstand der Republik sich der Aktion angeschlossen hat, weil wir diese Zusammenarbeit im Kampf gegen den Notstand der Republik für unabdingbar notwendig halten.

Wie die Herrschenden den Notstand der Republik und die Kriegsgefahr auch verschärfen, wir stellen uns ihnen entgegen und wir werden sie früher oder später stoppen und wenn nötig ihre Herrschaft beenden. Die Zukunft gehört uns!

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Gegen den Notstand der Republik!